

20 Minuten Online; 10. Dezember 2010;

Pädophile im Internet: Die Pädö-Lücke steht kurz vor dem Aus
Im Kanton Schwyz wird mit Hochdruck daran gearbeitet, dass weiterhin schweizweit nach Pädophilen gefahndet werden kann. Bis heute Abend müssen die Rahmenbedingungen klar sein.

Im Schwyzer Sicherheitsdepartement dreht sich seit vergangenem Montag alles um die Anfrage aus Bern. FDP-Regierungsrat Peter Reuteler wurde aus dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) angefragt, ob die Möglichkeit bestehe, die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBİK) dem Kanton Schwyz zu unterstellen, wie 20 Minuten Online am Dienstag berichtete. Grund für die Anfrage war, dass der Innerschweizer Kanton sein Polizeigesetz bereits im März an die neue schweizweit gültige Strafprozessordnung angepasst hatte, die ab 1. Januar in Kraft tritt. Diese lässt verdeckte Fahndungen in Chatrooms nicht mehr zu, ausser in Kantonen, die diese Fahndungsart explizit in ihrem Polizeigesetz geregelt haben.

Die Anfrage ging in Schwyz just am selben Tag ein, an dem Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Nationalrat verkündete, auch im neuen Jahr werde die Fahndung nach Pädophilen in Chatrooms möglich sein. Reuteler thematisierte das Anliegen aus Bern am Dienstag in der Regierungsratssitzung und erhielt sogleich einen Auftrag. «Ich habe von der Schwyzer Regierung das Okay erhalten, die Umsetzbarkeit der Anfrage aus Bern zu prüfen», erzählt er.

Im Kanton Schwyz ist man der Meinung, dass den Wünschen aus dem EJPD nachgekommen werden kann. Derzeit arbeiten die Angestellten im Sicherheitsdepartement mit Hochdruck daran die Details auszuarbeiten. «Eine Lösung zeichnet sich ab», so Reuteler. Bis Freitag, 17.00 Uhr, hat er Zeit, die Rahmenbedingungen zuhanden der Kantonsregierung abzuklären. «Alle Details werden dann wohl noch nicht im Trockenen sein, aber für einen Regierungsentscheid sollte es reichen.» Der Gesamregierungsrat muss am nächsten Dienstag das Ansinnen aus dem EJPD nur noch formal absegnen und den Vorsteher des Sicherheitsdepartements autorisieren, die Vereinbarung mit Bern zu unterzeichnen und umzusetzen. Mit Opposition rechnet Reuteler nicht. Den Leuten sei bewusst, dass nur mit dieser Lösung lückenlos gegen Pädophile in Chatrooms gefahndet werden könne.

«Verhindern, dass formale Beschwerden vor Gericht gutgeheissen werden könnten»

Die wichtigste Frage, welche das Schwyzer Sicherheitsdepartement derzeit prüfen muss, ist, ob die vom EJPD gewünschte Lösung vor Bundesgericht standhalten würde. Für Reuteler ist klar: «Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass formale Beschwerden vor Gericht gutgeheissen werden

könnten.» Der FDP-Politiker gibt sich jedoch optimistisch. Er sehe keine Angriffsflächen, die sich für Beschwerden anböten.

Anders beurteilt die Situation Reutellers Kollege im Kanton Zürich, CVP-Regierungsrat Hans Hollenstein. In einem Schreiben zuhanden der National- und Ständeräte wird gar die Tauglichkeit des Schwyzer Polizeigesetzes bezweifelt. Konkret heisst es: «Wir erachten es als sehr fraglich, ob solche Regelungen einer höchstrichterlichen Überprüfung standhalten würden.» Damit stehe ein Verwertungsverbot für die auf der Grundlage des kantonalen Rechts erhobenen Beweismittel im Raum.

«Keine Anfrage aus Zürich erhalten»

Kritik am Lösungsvorschlag aus dem EJPD gibt es derweil auch von der Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Die KOBİK habe gar nicht die Ressourcen, um effektiv gegen Pädophile in Chatrooms vorzugehen. Derzeit würden diese Aufgabe vor allem von Zürcher Polizisten wahrgenommen. «Und diese müssen ab dem 1. Januar ihre Fahndungen einstellen», so die CVP-Politikerin. Unklar ist, weshalb die Zürcher Spezialisten bis zu einer allfälligen Einführung des Zusatzartikels 286a der Strafprozessordnung, die Fahndungen in Chatrooms nicht mehr als verdeckte Ermittlungen definieren würde, nicht auch dem Schwyzer Sicherheitsdepartement unterstellt werden sollten. Schliesslich sind Fahndungen im Internet unabhängig vom Standort möglich. Regierungsrat Reuteller hätte damit kein Problem: «Allerdings habe ich bisher keine solche Anfrage aus Zürich erhalten.»